

## Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

### **Die Politik soll Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und nicht beschimpfen**

Anlässlich des Schuljahresanfangs hat es Minister Baaske (SPD) für notwendig und richtig erachtet, Lehrerinnen und Lehrern pauschal vorzuwerfen, dass sie sich pünktlich zum Schuljahresanfang krankschreiben ließen. (Siehe zum Beispiel: <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/09/lehrerverband-will-entschuldigung-von-baaske.html>) Er insinuierte damit letztendlich nicht mehr und nicht weniger, dass Lehrer sich vor der Arbeit drücken und zeichnete ein denkbar abstruses Bild von der Arbeits- und Leistungsfähigkeit und von der Motivation des Lehrkörpers im Land Brandenburg. Zugleich sorgte er als Chef einer obersten Landesbehörde für eine nicht unerhebliche Irritation bei Schülern und Eltern.

Nicht zu Unrecht haben sich die Lehrerinnen und Lehrer und letztendlich die großen Gewerkschaften und Vertretungen der Lehrer protestierend dagegen gewandt und sich verboten, von Politikern derart diffamiert zu werden. Wie bekannt geworden ist, gibt es einen Brief der fünf Lehrgewerkschaften. Dies ist ein außerordentlicher Vorgang, der nicht einfach zu den Akten gelegt werden kann, denn er ist bezeichnend für die Situation im Land Brandenburg, wo die Politik ihre Verantwortung negiert und die entstandenen Zustände den Betroffenen, d.h. den Beamten und Angestellten des Landes in die Schuhe schiebt und sie dann auch noch verunglimpft. Dies ist nicht nur bei den Lehrern der Fall, sondern auch im Bereich der Polizei, wo mittlerweile ein immens hoher Krankenstand zu verzeichnen ist. All dies macht es notwendig, diese Fragen im Landtag Brandenburg zu diskutieren und endlich dafür Sorge zu tragen, dass das Land Brandenburg, vertreten durch die Landesregierung, seinen Verpflichtungen als Dienstherr nachkommt, die Personalstellen auskömmlich besetzt und durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung Sorge dafür trägt, dass die Menschen, die für das Land Brandenburg in den verschiedenen Bereichen, sei es nun Polizei, Bildung oder Verwaltung tätig sind, ihrer Arbeit nachgehen zu können, ohne dass ihre Gesundheit dabei Schaden nimmt. Schließlich ist die Lage in den verschiedenen Bereichen das Produkt einer völlig verfehlten Sparpolitik der letzten Jahre.

### **Der Landtag möge beschließen:**

Der Landtag Brandenburg fordert Herrn Bildungsminister Baaske auf, sich öffentlich für die entsprechenden Entgleisungen und Wortwahl bei den angestellten und beamteten Lehrern im Land Brandenburg zu entschuldigen.

Iris Schülzke  
für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Datum des Eingangs: 15.09.2015 / Ausgegeben: 15.09.2015